

Arbeiterstimme

Zugabezeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostschlesien

1. Jahrgang

Dresden, Dienstag, 14. Juli 1925

Nummer 77

Die Hauptsache sind fette Dividenden

Berg- und Rentner können verhungern — Die Kriegsbeschädigten gehen leer aus

Berlin, 13. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Am Montag legte der Reichstag die Einzelberatung des Aufwertungsgesetzes fort. Bei Beginn waren 19 Abgeordnete anwesend, zeitweilig noch weniger. Insbesondere fehlten die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei. Keine der Regierungsparteien ergriff während der Einzelberatung das Wort. Die Diskussion wurde von dem Abgeordneten Best, von den Sozialdemokraten und von dem Kommunisten bestritten. Die Regierung und ihre Parteien haben den Kompromiß fertig und werden es annehmen. In dem Bestreben, den Aufwertungsbeitrag recht schnell unter Dach und Fach zu bringen, versuchte der deutschnationale Reichspräsident, den Oppositionsrednern die Redezeit zu beschneiden. Aber dieser Plan wurde durch einen Vortrag der Kommunisten vereitelt.

Bei der Beratung des § 25, der vorschreibt, daß Zahlungen an die Hypothekengläubiger auf Grund der Aufwertung nicht vor dem 1. Januar 1932 verlangt werden können, sprach Genosse Korsch. Er wies darauf hin, daß bereits fällige Hypotheken bzw. solche, die in den nächsten Jahren fällig werden, erst vom Jahre 1932 ab rückzahlbar sind. Es wird aber so kommen, daß dieser Termin zwischen der Schuldner noch weiter verschoben wird, denn wenn der Eigentümer irgendwelche Gründe angibt, so kann die Rückzahlung bis 1938 verschoben werden, ohne daß der Gläubiger einen Pfennig Zinsen erhält. Auf dem freien Markt würde der Hypothekenspekulator vielleicht 15 Prozent bekommen, nach der jetzigen Regelung bekommt er 12 Prozent (Zurück rechts: Die Renten sind heute auch nicht so hoch). Genosse Korsch antwortet: Gerade durch die Aufwertungsbestimmungen, die Sie geschaffen haben, werden die Renten bald ein mehrfaches der Friedensmiete betragen; durch Ihre neuen Anträge im Ausschuß bekommen die Hausbesitzer bereits mehr als 100 Prozent. Untere Anträge dagegen, die die Mieten niedrig halten wollen, sind abgelehnt worden. Noch ehe der Hausbesitzer an den armen Gläubiger einen Pfennig zahlt, ermöglichen Sie ihm, unendlich hohe Mieten zu erheben. Das Aufwertungsgesetz ist in jeder Beziehung ein weiteres Mittel zur Bereicherung der Reichen auf Kosten der armen Bevölkerung. Genosse Korsch verpflichtet dann die Verzinsungsbestimmungen der Hypothekenvorlage, durch die die angebliche 20-prozentige Aufwertung der Hypotheken zu einer nullprozentigen wird. Auch die §§ 26, 27 bis 29 werden vom Genossen Korsch bis ins kleinste zerlegt, und er weist nach, daß dadurch dem Gläubiger alles genommen und dem Schuldner alles geschenkt wird.

Bei der Beratung der Frage der Verzinsung der Hypothekenschulden weist Genosse Korsch auf den kommunistischen Antrag hin, der verhindert will, daß bei der Aufwertung von Hypotheken diese auf Kosten der Mieter durch Erhöhung der Mieten vorgenommen wird, und verlangt, daß bis zum 31. Dezember 1940 die Mieten nicht höher als 80 v. H. der Friedensmiete hinausgetrieben werden dürfen. Genosse Korsch nahm eingangs seiner Ausführungen gegen den Sozialdemokraten Ströbel Stellung, der vor ihm mit sehr radikalen Worten gegen die Aufwertung gesprochen hatte, denn im Ausschuß haben die Sozialdemokraten, trotzdem die Regierungsparteien darauf bestehen, daß bei einer Erhöhung der Zinsen auf den Zinsen, den die Sozialdemokraten forderten, Mieten-erhöhungen unvermeidlich seien, bei der Abstimmung über

den kommunistischen Antrag, der die Begrenzung der Mieten auf 80 v. H. festlegen wollte, mit den bürgerlichen Parteien dagegen gestimmt. Ja, im Ausschuß haben die Sozialdemokraten die Erhöhung der Mieten als unvermeidlich zugestanden. Daran erkennt man, wie die Rede des Sozialdemokraten Ströbel zu bewerten ist. Wir wehren uns mit aller Entschiedenheit dagegen, daß die Aufwertungsbeiträge das Wenige, was sie den Gläubigern zu zahlen haben, auf Kosten der breiten Massen bezahlen.

Bei der Beratung der Paragraphen über die Industrieobligationen ergriff der Reichswirtschaftsminister Reusch das Wort und verteidigt die Industrie, von denen er behauptet, daß sie in der Zeit der Inflation sich nicht gesund gemacht hätten. Eine höhere Belastung der Industrie sei unmöglich. Wenn einer auch nur die geringste Ahnung von unserem Wirtschaftsleben hat, muß er wissen, daß die Industrie unter allen Umständen in die Lage versetzt werden muß, wieder Dividenden verteilen zu können. (Sehr richtig! rechts.) Dieser deutschnationale Minister proklamiert also offen die Parole: Laßt die verarmten Rentner verrotten, Hauptsache sind Dividenden für die Massen.

Genosse Korsch trat dem Minister auf das schärfste entgegen und verpflichtete die Regelung der Aufwertung der Industrieobligationen, bei der ganz kraß zum Ausdruck kommt, daß diese Regierung und ihre Parteien einschließlich des Zentrums nur die Interessen des Großkapitals vertreten. Hier wird der Versuch gemacht, die ausgeplünderten Obligationengläubiger zu verhöhnen. Am Schluß seiner Rede fordert Genosse Korsch die Rentner, Sparer und Mieter auf, gegen den Aufwertungsbeitrag und gegen die neuen Lasten Sturm zu laufen. Das ganze Gesetz verdient, der Wehrheit zusehender unter die Füße geworfen zu werden. Bei den Abstimmungen, von welchen mehrere namentlich waren, wurden alle Anträge der Kommunisten, u. a. zu § 8, § 13, § 30 abgelehnt; ebenfalls wurden von der Regierungsmehrheit die Anträge der Sozialdemokraten und Dr. Bests abgelehnt. Die Regierungsparteien hielten ihren Kompromißantrag aufrecht.

Nach den Abstimmungen wurde die Einzelberatung fortgesetzt mit dem Kapitel: Aufwertung von Pfandbriefen.

Der Kriegsbeschädigten-Ausschuß des Reichstages beendete heute die erste Lesung des Entwurfes eines dritten Gesetzes zur Abänderung der Reichsversorgungsgesetze und anderer Versorgungsgesetze. Alle Anträge in bezug auf die Rannschafsvorsorge, die über die Regierungsvorlage hinausgingen, wurden von den Regierungsparteien abgelehnt. Dagegen wurde ein Antrag der Regierungsparteien angenommen, der die Verwirklichung für Offiziere wesentlich herabschneidet. Statt den im Regierungsentwurf vorgeschlagenen Sätzen von 240 RM., 720 RM., 168 RM. beschließen die Regierungsparteien gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten 300 RM., 900 RM., 204 RM. zu zahlen.

Bezeichnend für die Haltung der Regierungsparteien ist es, daß sie für eine Erweiterung des Geschenkentwurfs bezüglich der Zulage für Offiziere eintreten, auf der anderen Seite jedoch den kommunistischen Antrag auf Verdoppelung der Abfindungssumme der bis zu 25 Prozent Beschädigten, von 50 auf 100 Mark, ablehnten.

Die zweite Lesung des Gesetzes beginnt Dienstag den 14. Juli.

Die Niederhaltung der revolutionären Bewegung die Aufgabe der „Linken“

In der Auseinandersetzung ihrer Partei, waren die Linken bereit, die Einigkeit mit den Rechten sofort einzugehen. Als Äquivalent boten sie dem Parteivorstand eine starke Hege gegen die Kommunisten an. Praktisch kommt eine solche Stellungnahme natürlich der Unterwerfung unter die arbeitereindliche Politik des SPD-Parteivorstandes gleich. Aber das ist ja auch die Aufgabe dieser Linken, Erhaltung der Arbeit an die Partei, die die Interessen der Arbeiter Tag für Tag verrät. Anstelle eines gemeinsamen Kampfes mit den kommunistischen Arbeitern gegen Reaktion und Verrat, suchen die Linken Anschlag mit den Berräten als Schutztruppe der Reaktion gegen das Proletariat.

Das sie ihre Rolle so verstehen, zeigten die Ausführungen von Arzt im Landtag. Aber auch schon auf dem Bezirksparteitag der SPD in Dresden unterstrich Arzt diese Hauptaufgabe. Wie er im Landtag erklärte, sie, die Linken, haben die SPD. Scharfen vor den Kommunisten gerettet, so erklärte er auf dem Parteitag, die Kommunisten seien durch die Linken zurückgeworfen worden, man mühte die Kommunisten auch weiter bezwingen. Damit ist die Aufgabe der Linken von ihrem Vorhaben klar gezeichnet. Die Arbeiter wissen nun, was sie von den Linken zu halten haben.

Mit diesen „Linken“ kann der Parteivorstand zufrieden sein. Sie retteten ihm die Mitglieder. Ob die Arbeiter sich noch lange reifen lassen, daß mögen wir zu bemerken. Die Arbeiter werden diese „Linken“ allein lassen und zur SPD. kommen. Augenblicklich mögen die „Linken“ durch die Haltung ihrer Fraktionsmehrheit bei den Arbeitern nochmals gewonnen haben. Lang wird diese Freude nicht anhalten. Denn so wie jetzt zum ersten Male, werden die „Linken“ möglichst noch vor, spätestens auf dem Parteitag gezwungen sein, mit den Rechten zusammen zu gehen und Brüderlichkeit zu schließen.

Der Parteivorstand bereitet in seiner Erklärung dieses Zusammenführens der „Linken“ und Rechten schon vor. Er gibt keineswegs den Rechten die Schuld, sondern stellt in erster Linie fest:

„Kehler standen die Vertreter des Parteivorstandes bei ihrer Ankunft in Dresden am 7. Juli vor fertigen Tischen. Die Minderheit der Landtagsfraktion hatte bereits den Antrag auf Auflösung des Landtages gestellt, ohne vorher mit der Fraktionsmehrheit Fühlung genommen zu haben.“

Erst dann spricht der Parteivorstand von dem Verstoß der Rechten, der Fraktionsmehrheit. Das ist deutlich. Der Parteivorstand deckt nach wie vor die Rechten. Mögen die „Linken“ noch so oft zu Kreuze kriechen, mögen sie noch so viel schubdeln vor dem Vorstand, sie erhalten nichts wie die verdienten Fußtritte. Darüber hinweg hilft auch nicht, wenn die „Linken“ in der „Dr. B.“ schreiben.

Bisher gab es noch eine kleine Zahl Genossen, die hinter ihnen (die 23 v. Red.) stand, weil sie vermuteten, daß die Leitung der Reichspartei die Haltung der Dreiundzwanzig im großen und ganzen billige. Das kann heute niemand mehr hoffen, und wer etwa den Reichsparteitag abwarten will, dem darf von vornherein gesagt werden, daß die lächerlichen Disziplinbrecher in Heidelberg hart abfahren werden.“

So scharf werden die Dreiundzwanzig nicht abfahren, im Gegenteil, die „Linken“ werden fischen. Die Dreiundzwanzig werden nicht abseits der SPD. stehen. Eher dürfte das den 16 anderen geschehen. Ja es wird sogar eine falsche Hoffnung sein, wenn die Linken nun dennoch auf eine Auflösung des Landtages spekulieren. Die Linken sind schon erledigt, sie werden auch von ihren Anhängern isoliert werden. Wer mit dem Parteivorstand der SPD. geht, muß die Politik der Dreiundzwanzig machen, die bisher vom Parteivorstand gebildet wurde und auch weiter unterstützt wird. Kein sozialdemokratischer Arbeiter wird daran glauben, daß der Parteivorstand, die bisher mit seinem Einverständnis handelnden Dreiundzwanzig nun könnte fallen lassen. Der Parteivorstand sucht nur einen Weg, die „Linken“ klein zu bekommen ohne die Anhänger zu verlieren. Der Anfang ist gemacht, die Fortsetzung wird folgen. Die Arbeiter aber wissen, die Minderheit wie die Mehrheit der Fraktion der SPD. gehen mit der Reaktion gegen die Arbeiter.

Die Arbeiter aber können nicht im Lager des Bürgerstums marschieren. Die Minderheit der Fraktion führt den Kampf um die Futtertruppe. Der größte Schmerz, der ihr zugesetzt wurde, war die Entlassung Edels aus der Staatszelle.

Das ist der Hauptkampf der SPD. Minister, Amtshauptleute, Schulmeister und Schulräte führen einen Kampf um ihren Hals. Da sind bei den Rechten, ein Amtshauptmann, ein Polizeipräsident, ein Direktor eines Reichlichen Bezirkes, ein Regierungsrat, vier Minister, ein „Linker“ als Lehrer, ein Direktor, ein Schulrat. Die geradezu lächerliche Haltung dieses letzteren bei einem Disziplinarverfahren ist zur Genüge bekannt. So kämpfen sie um ihre Stellen. Sie alle, „Linke“ wie Rechte, sind inter-

„Rechter“ Jubel über „linke“ Feigheit

Während bisher die „linke“ Sozialdemokratie die Parteiübergangsbewegung dadurch für sich zu beeinflussen suchte, daß sie die „ausgeschlossenen 23“ als „Prinzipalpolitiker“ stempelte, nimmt nun die reformistische Gewerkschaftsbürokratie erneut offen Stellung für die 23. Sie merkt dabei die gleichen Methoden an wie bisher die Linke.

So läßt der Vorsitzende des Legitarbeiter-Berndes, Hermann Jädel, im offiziellen Verbandsorgan in Form einer „Wahrnehmung“ lehrhaft gegen die lächerlichen Linken:

„Die Massen, mit denen seit langem in der einleitend ruhenden lächerlichen Arbeiterbewegung gekämpft wird, sind vorzeitig. Besseres ist das ganze Ringen der Proletariat um den Kampf der Erkenntnis. Es wurde vergesselt, weil einfach nicht mehr die Sache und nur die Sache das heilige Wort des Soldaten und des Kampfes war, sondern das unheilvolle Wort des perfidenen Spiegels und perfidenen Strebens.“

„In einer anderen Stelle wird er noch deutlicher und faßbar sozialdemokratischen Arbeiter auf:

„Wachtet euch und haltet bis, von euch, die nicht leben können ohne Widerkampf.“

„Es wäre ein Irrtum, wenn angenommen würde, daß diejenigen, welche Intransigenz und Presse beherrschten (die lächerliche Linke) eine „einheitliche Masse“ seien. Das gewissenlos beherrschte Treiben einer kleinen Clique wird abgewiesen von weiten Kreisen und wird die Auflehnung nur hinausgehalten durch die gemeinsame Front gegen die „verhohlenen 23“.“

Solche Sätze sind natürlich der freche und begründete Jubel über die Feigheit und Erbärmlichkeit der „Linken“ Führer. Die „Leipziger Volkszeitung“, die am 11. Juli als einzige der „linken“ Parteizeitungen zum Sachkenntnis Stellung nimmt, will es annehmend mit der Gewerkschaftsbürokratie nicht verderben. Sie geht sehr zahm auf den Artikel Jädel ein und stellt der Parole Jädel: Seid einig! die Parole: Seid wasiam! (?) gegenüber.

„Sollt in der geranten sozialdemokratischen Presse Schweigen. Die sozialdemokratischen Arbeiter sollen beruhigt werden durch die neuesten Forderungen des kommunistischen Parteitag. Dadurch ist erneut festgestellt, daß identische „linken“ Führer die Austragung des Konflikts umgeben möchten. Sie versuchen gemeinsam mit dem Parteivorstand den Konflikt zu begraben und machen sich ohne die Scham zu Stiefelputzen daran, die sie gekostet noch als schamlose Verräter der Arbeiterinteressen bezeichnen haben. Das ist gut so, denn dadurch „verschönen“ sie die Illusionen vieler sozialdemokratischer Arbeiter, die glauben, daß durch ihre Drohungen die SPD. wieder eine Partei der Massenkampfes werden könnte.“

effizient an der kapitalistischen Gesellschaft, in der sie Posten und Stellungen haben.

Die Arbeiter aber sind an dieser Gesellschaft nicht interessiert. Das Proletariat hat alle die Lasten dieser Gesellschaft zu tragen. Es hat alle Kräfte die Kräfte abzugeben. In dem Kampf gegen die Gesellschaft erfolgreich zu führen, muß die Arbeiterklasse zum gemeinsamen Kampf zusammen finden.

Zur Wiederkehr des Kriegesbeginnes ist eine solche Situation, wo die Arbeiterklasse ihren Einheitswillen, zu kämpfen gegen den imperialistischen Krieg befunden muß. Die Art und Weise haben eine solche gemeinsame Rundgebung, dadurch, daß sie auf einen Vorschlag der SPD nicht geantwortet, abgelehnt. Nun muß die deutsche Arbeiterklasse unterscheiden. Kann das deutsche Proletariat mit denen gegen den Krieg demonstrieren, die 1914 bis 1918 das Proletariat in den Krieg getrieben? Die Haltung der französischen Sozialisten gibt ein Beispiel davon, wie diese wieder die Arbeiter verraten werden. Schon oft haben wir die Arbeiter auf die Kriegesgefahren aufmerksam gemacht.

Jetzt bläst in der „Deutschen Zeitung“ Landrat v. Herzberg Kriegesfanat. In einem „Ruf an die deutschen Frauen“ schreibt der Nationalist: „Es ist tief traurig zu wissen, daß in allerhöchster Umgebung des Reichskanzlers Leute sind, die schon während des Krieges einer Abschaffung der allgemeinen Dienstpflicht das Wort redeten.“ Dann wendet sich der Landrat dagegen, daß Deutschland in den Völkerbund eintrete, um die Armeen für die Orientie zu stellen. Gleichzeitig fordert er am Schluß seines Artikels: „Deutsche Frauen! Sorgt dafür, daß wir unser Blut nur für Deutschland zu geben brauchen!“

Also nicht den Krieg für die ausländischen Imperialisten, aber für die deutschen Imperialisten. Das ist die Arbeit der Nationalisten. Die Prominenten der SPD, der zweiten Internationale, bereiten den Krieg gegen Russland vor. Kautsky, der zur Niederschlagung des Proletariats in Deutschland die Stichworte liefert, hilft auch jetzt der Bourgeoisie den Krieg gegen Russland vorbereiten.

Das muß selbst Paul Levi zugeben. In einem Artikel schreibt er im „Sächsischen Volksblatt“:

„In jenem möglicherweise und möglicherweise bald kommenden Kriege wird den dann regierenden deutschen Herren eine wesentliche Hilfe sein eine Revolution, die in diesen Tagen Karl Kautsky erscheinen ließ. Wir zitieren nur ein paar Sätze: „Dieses (bolschewistische) Regime ist heute nicht mehr bloß ein Feind aller nicht bolschewistischen Parteien, es ist zum gefährlichsten Feind des Proletariats überhaupt geworden.“ (S. 11.)

„Wie jeder andere Militaristenpotismus, wie die Militarmonarchie der Romanoffs, der Habsburger, der Hohenzollern, dürfte auch er (der Bolschewismus) nur durch Gewalt zu überwinden sein.“ (S. 17)

„Anleihen (an Russland) sollten nicht verweigert, aber nur unter Bedingungen gewährt werden, die eine Wiederrückung des russischen Ruins bedeuten, der auf dem russischen Volke lastet. Jede derartige Bedingung kann gerechtfertigt werden mit dem Interesse der Völkervereinigung.“ (S. 25.)

Was gilt es noch mehr? Der Kampf, den England und Russland um östliche Interessen führen, heute mit diplomatischen Mitteln, morgen vielleicht mit härteren Waffen, den Kampf wird England beiseite nicht führen unter der Devise: „für den Hongkong- und Shanghai-Bandverein“ und auch nicht mit der Devise: „für die weitere Anechtung der östlichen Völker.“ Man braucht für solche Unternehmungen gefährlichere Mittel. „Kampf gegen den Bolschewismus“, „für die westliche Zivilisation“, „für Demokratie gegen Despotismus“ werden die von England gewählten sein: ein Bild täglich in die englische Presse leitet es. Und wenn es dann gelingen sollte, durch Streikmächten oder eines anderen Bundes, daß die deutschen Hiltstruppen für England die Schichten schlagen? Dann hat der deutsche Arbeiter, der dann marschieren soll, es von Karl Kautsky vertriebt, daß es gegen den „gefährlichsten Feind des Proletariats“ geht, nicht die eigene Bourgeoisie, sondern fremde „Bedränger“. Dann kann man alle Vorkämpfer von 1914 heranziehen und nur das Wörtchen Jargonismus streichen und Bolschewismus an seine Stelle setzen. Dann kann man wieder reden, wie in der „Neuen Zeit“ von 1914 von den „kräftig getragenen Häuten“ und anderem Schönen. Dann kann im Namen der Verteidigung der Menschheit von der Gewalt gemorbert werden: die Internationale auf den Lippen — verheißt sich.

Ziehen die „Linken“ daraus die Konsequenzen, nein, sie bleiben bei Bels und Kautsky.

Die Arbeiter aber müssen gegen jeden imperialistischen Krieg kämpfen, für den Sieg des internationalen Proletariats über die Räuber.

Rüffel zur Demonstration am 26. Juli und am 2. August. Massenauftmarsch unter den roten Fahnen mit oder ohne die linken Führer, das ist die Antwort der Arbeiter.

Die „Rechten“ organisieren

In der „Vollstimm“ veröffentlicht der Bezirksvorstand Chemnitz der SPD am Sonnabend einen Appell an die Ortsgruppenvereine, weil die „Rechten“, die sich in den Besitz des Adressenmaterials des Bezirksvorstandes gesetzt hätten, Kundschreiben an die Ortsgruppen herausgaben. Wie die „Vollstimm“ weiter mitteilt, hat der Bezirksvorstand einstimmig den Beschluß gefaßt, die Herausgabe solcher Schreiben zu verurteilen. Eine merkwürdige „Einstimmigkeit“, wenn man beachtet, daß kein Adressenmaterial sich in den Besitz des Bezirksvorstandes befand. Kein Wunder, wenn als Resultat des Beschlusses — ein zweites Kundschreiben erschien. Die „Rechten“ können mit Recht über die „einstimmigen“ Beschlüsse des Bezirksvorstandes lachen und demselben ihren Einfluß organisatorisch festigen.

Der Kampf der Linken um die Futtertrippe

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: „Es ist kein Zweifel, daß die Mehrheit des Berliner Parteivorstandes auf der Seite des rechten Flügel steht, und daß dieser auch nach wie vor die Mehrheit der Gesamtheit hinter sich wirft. Aber bei der Rücksichtslosigkeit, mit der der Kampf von den Rabattisten geführt wird, muß der Parteivorstand eine neue von Sachem ausgehende Spaltung der glücklicherweise zusammengelassenen Partei befürchten. Er die Teilnahme an der großen Koalition für höchst notwendig, aber wie er mit jüdischer Offenheit erklärte, hinter dem Parteivertreter mühten alle anderen Gesichtspunkte zurückzutreten... er erklärte es als Pflicht, die Auflösung des Landesparteiherbeizuführen. Damit war der fadenende Bolschewische Genüge gegeben... aber die Fraktionsmehrheit, die nicht so das Herz des Parteivorstandes schlägt, wird auch gewagt haben, weshalb sie es wagen konnte, sich dem Beschlusse an Aufhebung zu widersetzen... Der Parteivorstand hat das Gesicht gewandt, die Parteihaltung ist vertrieben (ander als gekommen! Die Rab), und nun kann der Parteivorstand das entscheidende Wort sprechen. Die Rabattisten werden in Heidelberg nicht genau so zurückweichen, wie sie in Berlin getan haben, um dann freilich des nächsten Tages um die Futtertrippe den neuen zu beginnen.“

Kommentar überflüssig! Arbeiter, heraus aus diesem Gumpfl

Die Zentrumssektionen für das Zollkompromiß

Berlin, 12. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Nach einer Meldung der „Vollstimm Zeitung“ hat Reichskanzler Luther die Regierungsparteien aufgefordert, bis Dienstag abend eine Uebereinstimmung in der Zollfrage herzustellen. Es sei jedoch sehr unwahrscheinlich, daß dieser Wunsch erfüllt werde, da das Zentrum sich gegen die Mindestzölle ausgesprochen haben soll. Die schlaue Zentrumssektion merkt, welcher Sturm der Empörung bei einer unveränderten Annahme der Regierungsvorlage losbrechen würde. Darum soll den Arbeitern eingeredet werden, daß gleiche Zölle eine Erleichterung bedeuteten; auf dieser Grundlage ist das Zentrum zu einem Kompromiß bereit, nachdem die sogenannte Opposition um Birtz und die Gewerkschaftsführer ihren Unwill auf dieser Basis bereits angeündigt hat.

Der Parteitag der SPD. an die kämpfenden Bauarbeiter

Berlin, 14. Juli. (Eig. Drahtmeldung.) Der Parteitag der SPD. nahm folgenden Aufruf an die kämpfenden Bauarbeiter an:

An die kämpfenden Bauarbeiter Deutschlands.

Der 12. Parteitag der SPD. spricht den mehr als 100 000 Bauarbeitern, die jetzt in den verschiedensten Bezirken Deutschlands im schwersten Kampfe gegen ein übermächtiges Unternehmertum stehen, seine innigste Solidarität aus. Der Kampf, den die Bauarbeiter zu führen gezwungen sind, ist ein Kampf für die Arbeiterklasse, ist ein Kampf gegen den Dummplan, diesen praktische Durchführung für die Arbeiterklasse Hungerlöhne und Verlängerung der Arbeitszeit bedeutet. Der kommunistische Parteitag ist sich bewußt, daß das Bestreben der Kapitalisten an dem zurückgebliebenen Widerstand der kämpfenden Bauarbeiterschaft scheitern wird. Er weiß aber auch, daß der Kampf nur dann erfolgreich sein kann und wird, wenn er mit den Methoden der rücksichtslossten, revolutionären Kämpfe des Klassenkampfes und unter Zusammenfassung aller Bauarbeiter unter Herbeiführung der Gewerkschaftseinheit geführt wird. Zudem die kommunistische Partei alle Bauarbeiter auffordert, in diesem Kampfe die volle Gewerkschaftseinheit herbeizuführen, gelobt sie, die kämpfenden Bauarbeiter mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen.

So lebe die geschlossene Kampffront der Bauarbeiter!
So lebe der Sieg des kämpfenden Proletariats!

120 000 Bauarbeiter im Kampfe

Berlin, 14. Juli. (Eig. Drahtmeldung.) Die Zahl der jetzt im Kampfe stehenden Bauarbeiter Deutschlands beträgt mehr als 120 000. Nach Sachsen haben getrieben auch die Provinz Sachsen und Unhalt die Ausperrung vorgenommen.

Die Dresdner Metallarbeiter im Kampfe

Nachdem gestern die Dresdner Metallarbeiter in verschiedenen Großbetrieben vom Streik Stellung genommen haben, erfahren wir heute, daß die Betriebe von Hartmann, Friedrich-August-Hütte gestern früh die Arbeit niedergelegt haben, ebenso die Belegschaft der Firma Volk u. Co., Universelle, Zwickauer Straße, und der Betrieb Sachsigwert Niederfeld, in dem ca. 3000 Arbeiter beschäftigt sind. Nachdem bei der Firma Seidel u. Raumann gestern zunächst einige Abteilungen den Betrieb verlassen hatten, forderte die Firma durch Anschlag die Arbeiter auf, heute morgen die Arbeit reiflos wieder aufzunehmen, andernfalls die gesamte Belegschaft ausgeperrt würde. Die Arbeiter verbarren jedoch im Streik, und so ist heute morgen die Gesamtbelegschaft aufs Straßenspflaster gemorrt worden. Auch in einigen Abteilungen des Hille-Konzerns haben gestern die Arbeiter nach Verständigung mit ihrer Organisation die Arbeit eingestellt und den Betrieb verlassen. Die Arbeiter der Firma Universelle verließen geschlossen den Betrieb, sammelten sich auf der Straße und zogen unter der roten Fahne nach dem Versammlungsort. Damit ist der Kampf in der Dresdner Metallindustrie eröffnet. Die Unternehmer antworten, wie das bei Seidel und Raumann der Fall ist, mit Ausperrung. Die Dresdner Metallarbeiter werden den ihnen aufgezwungenen Kampf um höheren Lohn mit aller Entschlossenheit durchführen. Die übrigen Metallbetriebe müssen sofort zu diesem Kampfe Stellung nehmen. Der Vorstoß und treue Angriff der Unternehmer muß an der geschlossenen Front der Dresdner Metallarbeiter scheitern.

Streik in der brandenburgischen Metallindustrie

Berlin, 13. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Nach geschickter Verhandlungen ist heute morgen in der brandenburgischen Metallindustrie, die nahezu 20 000 Arbeiter beschäftigt, ein Lohnstreik ausgebrochen. Die Brennabor-Werke haben mittags ihren gesamten Betrieb geschlossen.

Textilarbeiterstreik in Schlefien

Breslau, 13. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Im Görlitzer Textilarbeiterstreik haben die Unternehmer beschlossen, die gesamten Belegschaften in Görlitz und Seidenberg auszusperrten. Mit einer weiteren Ausdehnung des Kampfes ist zu rechnen.

Für die Vollamnekie

Berlin, 14. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Am Sonnabend und Sonntag nahm die rote Hilfe eine Hausagitation für Unterschriftenammlung der Generalamnekie vor. In einem Tage wurden über 60 000 Unterschriften gesammelt. Ein einziger Verwaltungsbezirk, Friedrichshagen, erreichte die Sammlung von 20 000 Unterschriften. Außerdem wurden bei der Agitation 2500 RM. zur Unterstützung der politischen Gefangenen gesammelt. Berlin hat damit bereits über 100 000 Unterschriften für die Generalamnekie gesammelt.

Genosse Kluge im Hungerstreik

Mitau, 14. Juli. (Eig. Drahtmeldung.) Der seit 1924 in Untersuchungshaft festgehaltenen Genosse Albert Kluge ist am 5. Juli gegen diese unerhörte Verschleppung des Prozesses in den Hungerstreik getreten. Der Genosse ist infolge der langen Haft krank geworden.

Folterqualen für Max Höll

Breslau, 13. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Bekanntlich wurde am 26. Juni, vormittags gegen 10 Uhr, Genosse Höll in Alteshammer Gefängnis in die Tobsuchtszelle gesperrt. 11 Tage lang Max Höll in dieser schrecklichen Tobsuchtszelle. Als er heute endlich erlöst wurde, die ihn zufällig auf dem Flur begegneten mitgenommen und abgemagert sah er aus. Man hatte ihn, der einen starken Bartwuchs besitzt, das Kaffern abgeholt, die fadenen Bänder entzogen, überhaupt alle Gefängnis-

brutalitäten angewandt, um ihn klein zu kriegen. Am Dienstag wurde Max Höll aus der Tobsuchtszelle, heraus in die Arrestzelle geleitet, da ihn 14 Tage Arrest befristet worden waren. Trotzdem ist der Genosse Höll nicht gebrochen. Obwohl er nunmehr seit Wochen keinen Spaziergang hat und in der Tiefe der Tobsuchtszelle von jedem Besuche mit der Außenwelt abgeschlossen ist, läßt er seinen Obstruktionskampf weiter.

Freigewerkschaftliche Lehrer für die Vollamnekie

Einem Besuche der „Vollstimm“, unseres Schweitzergangs in Bonnern, entnehmen wir:

Die letzte Mitgliederversammlung der Gewerkschaft Deutscher Volksschuler, Ortsgruppe Groß-Stettin, nahm einstimmig eine Entschlieung an, die für alle politischen Gefangenen die Vollamnekie fordert. Ferner wurde ebenso einstimmig eine Entschlieung angenommen, die aufs härteste gegen den Terror der bulgarischen Jankoff-Regierung und ihre Dummordnung von freigewerkschaftlich organisierten Lehrern protestierte.

Nach einem Vortrage des Kollegen Karohl über die Entschlieung der Internationale der Bildungsarbeiter entschied sich die Versammlung für die gewerkschaftliche Einheitsinternationale, die in der Internationale der Bildungsarbeiter bereits besteht wie sie in der Internationale der Bildungsarbeiter bereits besteht und im englisch-russischen Einheitskomitee angebahnt ist. Die Versammlung lehnt die Neugründung einer Beamten- und Lehrer-Internationale unter dem Namen der „Einheitsinternationale der Bildungsarbeiter“ ab und verlangt von dem Geschäftsführenden Ausschuss der Gewerkschaft Deutscher Volksschuler den Anschluß an die Internationale der Bildungsarbeiter, die alle auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Lehrer- und Bildungsarbeiter sowohl der zweiten als auch der dritten Internationale vereinigt.

Amerika als „gerechter Gläubiger“ aber der diesmal gelohrene Sammel!

Der Bruder von General Dames sagte vor einer Versammlung in Minnetota, Amerika müsse seinen Verpflichtungen als Gläubiger gegenüber den anderen Ländern der Welt gerecht werden.

Was versteht dieser getriebene Burde unter dieser „Gerechtigkeit“ und diesen „Gläubiger-Verpflichtungen“? Er meint, Amerika könne alljährlich 625 Millionen Dollars an die anderen Länder ausleihen, vorausgesetzt, daß die gleiche Summe als Rate der Kriegsschulden bei Amerika eingehe. Europa würde seine Schulden teils durch Sachlieferungen tilgen, aber auch neue Kredite werden zugewandt durch Warenausfuhr erfolgen. Es liege im Interesse Amerikas, die Kaufkraft seiner Kunden, die auch seine Schuldner seien, zu erhalten.

Eine solche „Gerechtigkeit“ heißt auf „europäisch“ einfach schamlose Ausbeutung des Schuldners durch den raffinierten Wucher.

Dabei kann und wird Amerika den europäischen Wucher nicht nur einmal, sondern gleichermäÙig öftern, und zwar: a) durch die eigentlichen Kriegsanleihen, die es mit Zinseszins freizinsig bereitstellt, nachdem es schon ungeheure Gewinne realisiert hatte während des Weltkrieges; b) durch die Wucherzinsen auf den neuen Darlehen (zum Beispiel deutsche Damesanleihe!); c) durch billigen niedriger Preise für die „Sachlieferungen“, die es den europäischen Schuldner abnimmt; d) durch billigen hoher Preise für die Waren, die es den Europäern auf Kredit liefert.

Dieses Ziel will Herr Dames als Praxistest des imperialistischen Finanzkapitals erreichen durch ein System von Damesplänen für alle Schuldnerstaaten. Nach Deutschland hat zunächst Frankreich und Belgien an der Reihe.

So unglücklich hat der amerikanische Imperialismus seine Praxistestum je enthält. Doch er genau verfahren wird wie oben angegeben, darf nach seinem Vorgehen Deutschland gegenüber nicht bezweifelt werden. Was daraus für die Kulis der europäischen Länder sich ergibt, zeigt die unerhört grausame Erfahrung Frankreich am Ende des ersten deutschen Damesjahres.

Der englisch-russische Konflikt

London, 14. Juli. (Eig. Drahtmeldung.) Gestern fand eine Unterredung zwischen dem englischen Außenminister Chamberlain und dem Sowjetkandidaten Kostomoff statt, über die bisher noch keine genauen Mitteilungen vorliegen. Die englische Presse geht weiter gegen Sowjetrußland und betont, es sei gut davon, sich zu freuen, daß die englische Regierung den Abbruch der diplomatischen Beziehungen noch nicht vollzogen habe. Chamberlain hat Kostomoff mit aller Deutlichkeit erklärt, bei Fortführung der antienglischen Propaganda in Asien sei es unmöglich, auch nur erträgliche Beziehungen mit Rußland aufrechtzuerhalten.

Die englischen Gewerkschaften warnen vor dem Bruch mit Sowjetrußland

Der Vorsitzende des Generalrats des englischen Gewerkschaftsverbandes, Swales, hat an den Premierminister Chamberlain ein Schreiben gerichtet, in dem er der Beunruhigung der englischen Arbeiterklasse über die von der Presse und parlamentarischen Ministern getriebenen Rußlandhysterie Ausdruck gibt. Swales erinnert an die mehrfachen Schritte des Generalrats, die britische Regierung möge im Interesse der Verminderung der Arbeitslosigkeit die Verhandlungen über die vollständige Anerkennung Sowjetrußlands sofort eröffnen und die Handelsbeziehungen durch Anwendung des Industrie-Erleichterungsabkommens und des Ueberseehandels-Abkommens auf den Handel mit Sowjetrußland unterstützen.

In der Presse würden in der letzten Zeit Behauptungen von verantwortlichen Ministern gemacht, welche nach Ansicht des Generalrats einen Bruch in den Beziehungen der beiden Länder herbeiführen können. Die Antworten, welche vom Außenminister auf die Fragen im Parlament gestellt wurden, tragen nichts dazu bei, den Verdacht zu zerstreuen, daß England im Gange ist, um eine Krise zwischen England und Rußland im Zusammenhang mit den Ereignissen in China zu schaffen. Der Belegungs leitens des Außenministers, das ehrliche Anerkennen von Unklarheiten anzunehmen, nämlich irgendeine Frage zu diskutieren, welche zwischen den beiden Ländern fällig sein könnte, tut in der Gewerkschaftsbewegung große Beunruhigung hervor.

Die Regierung wird schließlich erzwungen, zu der Antwort des Generalrats am 10. Juli Antwort über die Beziehungen zu Sowjetrußland zu erteilen.

Vor einem Nietenkampf der englischen Bergarbeiter

London, 12. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der Getreidebergarbeiterverband, Coal, sagte in einer Rede in Gumbertland: Die Bergleute wünschen den Frieden, aber wenn es zum Kampf kommt, wird es ein internationaler Kampf werden. Ich meine die Arbeitgeber und die Regierung, es zu einem Nietenkampf kommen zu lassen, denn dieser würde von einem Ausbruch sein, wie ihn England noch nicht erlebt hat. Nicht aus aber, so heißt der Redner, beweisen, daß wir mit reinen Händen kämpfen, wenn es zum Kampfe kommt. Wir wollen keine Gruben zerstören, sie werden uns vielleicht bald selbst gehören.

Verbandstag der Fabrikarbeiter

(Fortsetzung.)

In der Nachmittagsung legt Brey die Votum gegen Dismann fest und erzählt von den bösen Jungen, die da sagen, dass Dismann immer einen besonderen Schläger brauche. Dismann hat nicht nur gewerkschaftlich, sondern auch politisch Pläne und will die Arbeiterbewegung in Italien. Brey schlägt vor, erneut die Gewerkschaftsbewegung zu spielen. Brey schlägt vor, erneut die Gewerkschaftsbewegung zu spielen. Brey schlägt vor, erneut die Gewerkschaftsbewegung zu spielen.

Genosse vom A.D.G. überbringt so dann die Grüße des Bundesvorstandes und geht in demselben Sinne auf die Frage der Industriearbeiter ein, wie Brey. Man könne unmöglich politisch und wirtschaftlich einzelne Organisationen umfassen. Er erklärt, daß die Frage der Industriearbeiter nicht einfach eine Versteinerung sondern eine vollständige Umstellung der gesamten Gewerkschaften bedeutet, die in der heutigen Situation, wo alle Kraft auf die Abwehr neuer Unternehmerkonzentrationen verwendet werden müßte, nicht vorgenommen werden könnte. Er glaubt allerdings, daß auf dem Breslauer Gewerkschaftstag, wenn nach der Möglichkeit der verschiedenen Verbände abgemittelt wird, eine erneute Antragstellung von Dismann angenommen wird, obwohl auf der letzten Bundesversammlung, wie schon Brey erwähnte, die Resolution Dismann mit 24 zu 17 Stimmen abgelehnt wurde.

Ein Gegenantrag von Koch-Fürth (A.D.G.) wird beschloffen, von einer Diskussion über diesen Punkt Abstand zu nehmen und stattdessen beschloffen, das Referat von Brey und Großmann als besondere Broschüre abzugeben. Die Frankfurter Entschloßung wird erneut angenommen.

Nachdem Brey Mitteilung gemacht hat von einem neuen Antrag von der chemischen Industrie in Breg, bei dem zwei Arbeiterinnen völlig verbrannt sind und sich die schlimmste Ruhrerkrankung der notwendigen Versicherungen herausgestellt hat, legt das Referat des Vorstandesmitglied Schmidt über die Arbeitsarbeit unter der J.A.B.-Jugend. Er betont, daß nach der letzten Volkszählung dreizehn Millionen erwerbsfähige Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren in Deutschland vorhanden sind, und daß bürgerliche und insbesondere kirchliche Kreise sehr stark unter der Jugend agitieren. Es muß deshalb eine gründliche Arbeit geleistet und vor allen Dingen müssen Jugendpartei des A.D.G. geschaffen werden. Zu dem A.D.G.-Kongress, der im August in Hamburg tagt, hat der J.A.B.-Vorstand 3 Vertreter bestimmt. Von einer eigenen Jugendzeitung ist Schmidt ab, ehe nicht die Jugend wirklich organisatorisch tätig ist, so daß eine Gewähr für die Verbreitung der Zeitung gegeben ist. Er weist so dann auf die Wandertour des J.A.B. hin, die im Juli 1924 hatten 54.000 Mt. vom Vorstand für Schulungen im letzten Jahre ausgegeben sind. Zweidrittel der Teilnehmer waren Betriebsräte. Die Diskussion bringt nichts neues, so daß am Freitag früh mit dem Referat über die soziale Lage begonnen wird.

Während der Donnerstag-Tagung bereitet der Vorsitzende Brey dem Verbandstage eine Senation, indem er einen in der Zeitung veröffentlichten Brief vorles, der von dem holländischen Betriebsleitungsmitglied Rabemann unterschrieben ist und die Anweisung enthält, daß aus verschiedenen Betrieben Delegationen auf den Verbandstag geschickt werden müssen, die verschiedene Forderungen, wie Annullierung der politischen Forderungen, Auslanddelegation, Abschaffung des 10-prozentigen Steuerabzuges u. a. zu stellen hätten. Brey brachte mit diesem langweiligen Brief, der „an die Hellenbauer im Betrieb“ adressiert sein soll (welche Tatsache schon dem Schmidt barlag), ein am Freitag aus Wittenberg angekommene Betriebsdelegation in Zusammenhang, ohne daß dafür eine Begründung vorlag. Auch die Tatsache, daß die in dem Brief angelegten Delegationen an dem folgenden Tag nicht erschienen sind, beachtet, daß man nur nach einer Senation suchte, zu der die verschiedenen Verbandsdelegationen zum Besonderen seiner verschiedenen Vorstandsmitglieder auch durch ihre Nichtachtung des jeweiligen Briefes so gar keine Veranlassung boten.

Die Fortsetzung beginnt mit dem Referat: „Unsere Forderungen an das Arbeitsrecht und die soziale Lage, besonders die Arbeitslosenversicherung.“ (Schmidt). Das Referat ist ein Klüßchen, das die Lage und die soziale Lage, besonders die Arbeitslosenversicherung, behandelt. Das Referat ist ein Klüßchen, das die Lage und die soziale Lage, besonders die Arbeitslosenversicherung, behandelt.

besitzt, Öffentlichkeit durch die Arbeitermassen Stellung genommen werden muß. Er betont die Notwendigkeit der Arbeiterunterstützung.

Genosse Sigmund-Chemnitz begründet einen Antrag, der lautet: „Gegen die Einbeziehung der in der Kalt- und Kaltindustrie beschäftigten Arbeiter in das Reichsversicherungsrecht Stellung nimmt und hebt hervor, daß in vielen Fällen die Arbeiter an die Knappheitsfälle bis zu 20 Prozent des Arbeitslohnes Beiträge abführen müssen. Er verlangt, daß der Verband sich dafür einsetzt, daß grundsätzlich der Staat für den Unterhalt der Arbeitslosen aufkommen muß und wendet sich gegen die Pflichtarbeit, die lohnbrüderlich auf den Erwerbssüchtigen auswirkt. In statistischem Material weist er nach, daß das Reich heute weniger Mittel für die Fürsorge ausbleibt, als im Jahre 1913. Sein Antrag wird, bei der Abstimmung einstimmig angenommen.

Verschiedene Diskussionsredner wenden sich dagegen, daß Arbeitsrecht und öffentliche Gerichtsbarkeit miteinander verknüpft werden. Ein Delegierter aus Freiburg legt für die Arbeiter ein, daß in die Besitzverhältnisse und sonstigen Körperverletzungen vor allem ungelernete Arbeiter delegiert werden, die am häufigsten an der Unterernährung der Arbeiterklasse interessiert sind und wird in dieser Hinsicht von Zimmermann-Essen unterstützt, der meint, daß auch der J.A.B. nicht in völlig ausreichendem Maße sich der Erwerbslosen überhaupt in sozialer Hinsicht seiner Mitgliedschaft angenommen habe.

Sodann folgt das Referat des Vorsitzenden Brey über das geplante Arbeitsgesetz. Brey erklärt, daß wenn der Achtstundentag 1918 auszulagen der Arbeiterschaft in den Schoß gefallen ist, so doch das Ergebnis eines jahrzehntelangen gewerkschaftlichen und politischen Ringens ist. Er geht auf die verschiedenen Bestimmungen der Nachkriegsjahre ein und meint, daß die Unternehmer gerade dadurch gefasert worden sind, daß nicht die Arbeitsbeauftragten sofort den Achtstundentag das gleiche Fundament gegeben haben. Er zeigt auf, wie die Unternehmer (Stinnes) planmäßig auf die Aufhebung der einzelnen Bestimmungen wie z. B. die Demobilisierungsvorordnung, hingearbeitet haben und stellt fest, daß die Helfer der Unternehmung nicht nur die gelben Organisationen, sondern auch ein Teil der christlichen Gewerkschaften waren. Brey selbst gibt zu, daß die Arbeitsverordnung, die dem Achtstundentag ein Ende bereite, in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Ermächtigungsgesetz steht. Er beruft sich zur Rechtfertigung seiner Zustimmung zu den Ermächtigungsgesetzen auf die Verordnungen, daß die Arbeitszeit und verschiedene andere Regelungen des Arbeitsverhältnisses nicht durch das Ermächtigungsgesetz beeinträchtigt werden sollten. Dann aber seien die Verhältnisse so geworden, daß dieses Versprechen nicht erfüllt wurde. Der J.A.B. habe überall, wo im Verband die Voraussetzungen für einen Kampf gegeben seien, sich für den Achtstundentag und weiterhin eingesetzt und im Juli 1924 hätten 54,5 Prozent der in einer Statistik erfaßten Kollegenschaft noch den Achtstundentag gehabt. Brey betont, daß die Zurückforderung des Achtstundentages heute auch eine internationale Frage sei, weil das Unternehmertum in allen Ländern in dieser Hinsicht vorrückt. Daraus folgert er aber nicht etwa die Notwendigkeit der Gewerkschaftseinheit, die von ihm überhaupt nicht mehr erwähnt wird, sondern die Notwendigkeit, das Washingtoner Abkommen zu ratifizieren. Er wendet sich aber immerhin gegen die Anschauung, daß ein Land die Ratifizierung von der Stellungnahme des anderen Landes abhängig macht, sondern die internationale Gewerkschaftsbewegung müsse die internationale Einführung des Washingtoner Abkommens erwirken. Die Argumente der Unternehmer über die Konkurrenzfähigkeit seien hinfällig. Gerade dort, wo das beste Arbeitsrecht beste, sei auch der beste Absatz garantiert, weil bessere Qualitätsware erzeugt würde. Wenn alle parlamentarischen Versuche gescheitert seien, müsse der Volksentscheid durchgeführt werden, doch seien die Mittel zu einem Volksentscheid auf gewerkschaftlicher Seite noch sehr gering. Jeder müsse man stattdessen sich einen günstigen Zeitpunkt aussuchen. Brey empfiehlt Annahme der vom Vorstand vorgelegten Entschloßung, die demängelt, daß noch kein Arbeitsgesetz in Kraft ist, sich gegen jegliche Verzögerung eines Gesetzes zur Wiedereinführung des Achtstundentages wendet und begrüßt, wenn in gesundheitsgefährlichen Betrieben unter acht Stunden gearbeitet wird.

Genosse Sigmund-Chemnitz, der die letzte Abhandlung der Entschloßung geteilt wird, der jeden der geleisteten Einführung des Achtstundentages die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens fordert. Dieses Abkommen macht durch seine Ausnahmeregelungen den Achtstundentag illusorisch. Brey ändert daraufhin den Abhandlung ab, daß das Washingtoner Abkommen als Mindestmaß des sozialen Arbeitsrechts erklärt wird. Vor der Abstimmung gibt Genosse Schneider-Freitag eine Erklärung ab, daß auch mit dieser Abänderung Illusionen über das

Washingtoner Abkommen erneut werden. Die Entschloßung wird dann angenommen.

In der Diskussion verlieden verschiedene SPD-Redner, in gewissem Gegensatz zu Brey, der in seinem ersten Referat verhältnismäßig lauschig gesprochen hatte, erneut auf Kommunisten herüberzulassen. Der Berliner Delegierte Müller behauptet, daß nur die Arbeiter selbst daran Schuld seien, daß der Achtstundentag verloren gegangen ist. Als daraufhin Genosse Sigmund-Chemnitz entgegentritt, entsteht große Unruhe unter einem Teil der sozialdemokratischen Delegierten.

Ein SPD-Delegierter, der im Betriebe steht, betont, daß man die Frage der Arbeitszeit immer in Zusammenhang mit der Lohnfrage behandeln müsse, da das Überstundenwesen und die Dinnahme der Arbeitszeitverlängerung durch die Arbeiter selbst ja nur eine Folge der unzulänglichen Löhne sei.

Schumann-Berlin berichtet über den Betrieb Wilhelm-Bismarck (Zarbenfabrik), in welchem die gesamte Belegschaft eine elfmonatliche tägliche Arbeitszeit für acht Wochen hingenommen hat für eine Wirtschaftsbefehle von 25 Mt., ohne daß sie sich mit dem Verband in Verbindung gesetzt hätten. Sämtliche Verbandsmitglieder mißbilligen ein solches Vorgehen.

Bertwig-Köln erstattet Bericht über die vorliegenden Statutenänderungen. Unter anderem wird betont, daß die Ratifizierung der Unterführungen von 13 auf 26 Wochen erhöht werden muß, was in verschiedenen Organisationen längst Brauch sei. Die Statutenberatungskommission legt sich für eine Stellungnahme der Unterführungen nach der Zahl und Höhe der Beiträge ein und erklärt, daß man keine Veranlassung hätte, denen, die aus den Gewerkschaften herausgelassen sind, und sich wieder zurückkehren, dieselben Rechte zu gewähren, wie den langjährigen treuen Mitgliedern. Man will dadurch erzieherisch wirken, verweigert aber, daß eine solche Regelung der Einheitslichkeit der Kampfe und der Zurückführung der unorganisierten Arbeiterschaft in die Gewerkschaften neue schwere Hindernisse bereite.

Es entspinnt sich eine lebhafte Diskussion, die die verchiedenen Auffassungen, insbesondere auch zur Frage der Beitrags-erhöhung, ergibt. Die thüringischen und Delegierten des Erzgebirges wünschen vor allem eine Erleichterung für die Heimarbeiterschaft. Genosse Sigmund-Chemnitz betont, daß es sich bei der Frage der Anrechnung der früheren Mitgliedschaft bei Reueaufnahmen um einen großen Teil auch um Arbeiter handelt, die aus ihrer Wirtschaftslage (lange Arbeitslosigkeit) heraus eine Zeit lang keine Beiträge zu bezahlen in der Lage waren.

Die Debatte wird nach am Sonnabend fortgesetzt und ergibt zum Schluß Annahme der von der Statutenberatungskommission eingebrachten Entschloßungen.

Berichtigung

In unserem Bericht zur Diskussion über den Vorstandsbericht ist ein Fehler unterlaufen. Genosse Sigmund-Chemnitz hat nicht eine besondere Organisation, sondern eine besondere Zeitschrift für die Arbeiter beauftragt.

Der Verbandsvorsitzende Brey glaubte gegenüber den von uns zitierten Ausführungen des Delegierten von Köln (Bertwig) richtigstellen zu müssen, daß nur behauptet sei, daß zu einer bestimmten Zeit in der chemischen Industrie die besten Löhne gezahlt wurden.

Arbeiter — warum wirst du stillgelegt?

Die „Vossische Zeitung“, ein Blatt der Händler- und Börsenschieber, entlarvt in einer Kritik an der Diktation eines Stahlwerkes die wirtliche Ursache von mancher Stilllegung. Im Kampf für die Interessen der Klein-Aktionäre gegen die zu den Schwerearbeitern gehörende Verwaltung des Stahlwerks Oels (Essen) schreibt das Blatt am 24. Juni wörtlich im Handelsstil:

„Hinsichtlich der Geschäftsführung beim Stahlwerk Oels wollen wir uns damit begnügen, aus den Angaben der Verwaltung einige besondere Kernwörter herauszustellen. Die Stilllegung des Stahlwerks, die gerade zur Zeit der Kapitalerhöhung stattfand, war, nach der Darstellung der Verwaltung im Grunde genommen eine produktive Maßnahme. Sie geschah nämlich, um eine nicht genommene Belegschaft loszuwerden und der Verwaltung im Werke freie Hand zu geben. Diesen Zweck habe man dem Demobilisierungskommissar jedoch nicht angeben können, da die Stilllegung sonst nicht „geplant“ wäre, man hätte also die schlechte Wirtschaftslage des Unternehmens betonen müssen.“

Verlag: „Arbeiterstimme“ Dresden. — Druck: „Feunag“ Filiale Dresden. — Verantwortlicher Redakteur: Rudolf Kerner. Dresden.

DER SUMPF

Roman von Upton Sinclair

Neubearbeitung

Die neue Bearbeitung aus dem dem Autor neuverarbeiteten amerikanischen Originalroman von Upton Sinclair. Copyright by Upton Sinclair. 1924. Alle Rechte vorbehalten. Die deutsche Übersetzung von Upton Sinclair.

(15. Fortsetzung)

Jurgis blühte verständnislos vom Rechtsanwalt zum Richter. „Haben Sie jemand, der für Sie die Kontingenz“ fragte dieser. Der Richter mußte Jurgis erklären was dies bedeutete. Jurgis schüttelte den Kopf, und noch ehe er recht wußte, worum es sich handelte, wurde er schon wieder von den Polizisten abgeführt. Er wartete zusammen mit anderen Gefangenen, bis die Gerichtsverhandlung zu Ende war, dann wurde er in das Staatsgefängnis überführt, das sich im Norden der Stadt, etwa zehn Meilen von den Schlachthöfen, befand.

Der wurde er durchsucht, man ließ ihm nur sein Geld, 15 Cents im ganzen. Dann wurde er in ein Zimmer geführt, mußte sich nackt auskleiden, baden. Das Bad dauerte bei ihm länger als bei den anderen Gefangenen, denn man wollte gegen alle Wahrscheinlichkeit, doch einige der Phosphate und Säuren aus seiner Haut zu entfernen.

Zufällig war er in einer Zelle allein; meist wurden zwei Gefangene in eine Zelle gesperrt. Die Zelle war etwa 7 Fuß hoch und hatte kein Fenster, die beiden Britischen waren voller Ungeziefer, die grauen Köhnen steif von Schmutz. Jurgis erhielt Suppe und Brot. Die Gefangenen dursteten sich das Essen aus einem Restaurant bringen lassen, doch hatte Jurgis hierzu nicht die Mittel. Einige der Gefangenen hatten auch Bücher, Spielfarten, Karten; Jurgis mußte allein in Nacht und Einsamkeit hocken. Er vermochte nicht zu schlafen, die gleichen solternden Gedanken hieben wie mit Peitschen auf ihn ein. In der Nacht schritt er gleich einem eingeläufigen wilden Tier auf und ab, warf sich gegen die Mauern, schlug sich an ihnen die Hände blutig. Sie zerschnitten seine Haut, waren kalt und grauam wie die Menschen, die sie erbaute hatten. In der fernsten Schwingung eine Kirchturmruhr die Stunden. Um Mitternacht hörten die Gloden nicht auf, es läutete weiter. Jurgis, der auf dem Boden lag, hob den Kopf: was bedeutet dies? Eine Feuerbraut? Kein Gott, wenn hier im Gefängnis ein Feuer angebrochen wäre! Doch hörte er nun auch, daß dies Bienen eine Melodie ergab: ein Glodenpiel. Und nun klangen von nah und fern die Gloden langen eine milde Weise, als läne zu einer mächtigen Melodie verschmolzen. Staunend lag Jurgis da; denn hier im Gefängnis, es sei der Weihnachtsabend, Weihnachts! Er hatte völlig darauf vergessen. Es war,

als brächen in ihm Dämme ein, Erinnerungen überfluteten sein Herz. Im fernen Litauen hatten sie Weihnachten gefeiert, er, der tote Vater und der Bruder, in der kleinen Hütte, einsam im Walde, ummauert von Schnee. Und selbst in diese Wildnis war die Vision des wunderbringenden Christkinds, des Friedens auf Erden, des guten Willens gekommen. Ja, selbst in Washington hatten sie Weihnachten nicht vergessen, sein Schimmer war in ihre Nacht gefallen.

Witteres Schlimmes lag Jurgis erbeben: daheim werden sie Weihnachten in Leid und Verzweiflung verbringen, er ist im Gefängnis. Das ist krank, das Heim verdammt. Es war zu grauam, zu grauam! Weshalb fingen ihm, wenn man ihn schon ins Gefängnis geworfen hat, die Gloden Weihnachtsmelodien in die Ohren? Aber nein, die Gloden läuten ja nicht für ihn, läuten für die anderen, die Fabrikanten, die Unternehmer, die Reichen. Er ist niemand, ist nichts, ist ein Stück Unrat, das fortgeworfen wird. Vielleicht liegt seine Frau im Sterben, vielleicht weint das Kind vor Hunger — und die Gloden läuten Weihnachts ein. Welch bitterer Hohn! Und wenn sie ihn schon strafen müssen, weshalb werfen sie nicht seine Familie ins Gefängnis, wo die Kälte nicht an ihren Knochen frißt, wo man zu essen bekommt; soll es etwa seine Strafe sein, daß draußen drei schwache Frauen und sechs hilflose Kinder frieren und hungern? Dies ist ihr Gesetz, ist ihre Gerechtigkeit! Jurgis schloß auf, jätternd vor Zorn, die Hände geballt, die Arme gehoben, die Seele von lobernder Auflehnung, von wildem Haß erfüllt. Jehntausend Flüche auf sie und ihre Geleze! Ihre Gerechtigkeit ist eine Lüge, eine abscheuliche, brutale Lüge, so schwarz und hassenswert für eine Welt, die nicht eine Welt des Alptrums ist. Ihre Gerechtigkeit ist Heuchelei und eifriger Hohn. Nicht eignet ihr Recht, Gewalt ist sie, Tyrannie, unbegrenzte, unbeherrschte Macht. Sie haben ihn unter ihrem Stiefel zermalmt, haben seinen alten Vater ermordet, haben seine Frau zerbrochen, haben die ganze Familie erdrosselt; jetzt sind sie mit ihm fertig, und weil er sie fürchte, weil er ihnen im Wege stand, haben sie ihm dieses letzte angetan. Haben ihn hinter Gitter gesteckt wie ein wildes Tier, wie ein Wesen ohne Verstand, ohne Gefühle, ohne Herz. Nein, sie hätten sein Tier so behandelt, wie sie ihn behandeln. Würde denn irgendein Mensch ein wildes Tier in die Falle locken und dessen Junge verhungern lassen?

Bedeutung wurden diese mitternächtigen Stunden für Jurgis, in ihnen ward keine Rebellion, sein Unglauben geboren. Er war nicht klug genug, um das soziale Uebel bis an seine Wurzeln zu verfolgen, wußte nicht, daß es das „System“ sei, das ihn zermalmt, daß die Unternehmer, seine Herren, die Geleze des Landes geschaffen hatten und vom Sitz der Gerechtigkeit in ihren rohen Willen herrschen ließen. Er wußte bloß, daß ihm Unrecht geschah, daß die Welt ihm ein Unrecht angetan hat, daß das Gesetz, die Ge-

ellschaft, mit all ihren Verbündeten, ihm den Krieg erklärt haben. Mit jeder Stunde wurde es schwärzer in seiner Seele, mit jeder Stunde träumte er neue Träume der Rache, der Herausforderung, des tobenden, wahnwitzigen Hasses.

Siebzehntes Kapitel.

Am folgenden Morgen mußte Jurgis seine Zelle scheuern, erhielt dann sein Essen und durfte drei Stunden lang in dem ummauerten Hof zusammen mit den andern Gefangenen Bewegung machen. Auf der einen Seite des Hofes war ein Platz für Besuche abgeteilt, mit Draht umgittert, so daß den Gefangenen nichts gereicht werden konnte. Jurgis blühte häufig nach dieser Stelle, doch kam niemand, um ihn zu besuchen. Kurze Zeit, nachdem er in seine Zelle zurückgekehrt war, öffnete der Wärter die Tür und ließ einen Gefangenen ein. Dieser war ein nettgestellter, schlanker junger Mann mit braunem Schnurrbart und blauen Augen. Er nickte Jurgis zu, blühte sich in der Zelle um.

„Guten Morgen, Kamerad,“ wiederholte er, da sein Blick Jurgis' Augen begegnete.

„Guten Morgen.“

„Auch ein Weihnachtsvergügen.“

Jurgis nickte.

Der Reueanfänger trat an die Britische, betrachtete die Decke, hob die Matratze auf, ließ sie wieder fallen. „Kein Gott, hier ist es ja noch ärger als anderswo.“ Er blühte abermals zu Jurgis hin. „Sie scheinen heute nacht nicht geschlafen zu haben. Zuviel Ungeziefer?“

„Ja, wollte nicht schlafen,“ entgegnete Jurgis.

„Wann kamen Sie her?“

„Gestern.“

Der andere blühte sich um, räusperte die Nase. „Es rinnt teuflisch hier. Was riecht denn so?“

„Ja,“ erwiderte Jurgis.

„Sie, mühten Sie denn kein Bad nehmen?“

„Doch, aber das läßt sich nicht fortwaschen.“

„Was ist es denn?“

„Kunstdünger.“

„Kunstdünger? Teufel! Was sind Sie?“

„Arbeiter in einer Kunstdüngerfabrik. Der Geruch steckt in meinen Kleidern.“

„Sie sind für mich eine neue Gattung, und ich glaube ich kenne schon alle. Was haben Sie angestellt?“

„Keinen Aufseher verprügelt.“

„Oh, und weshalb?“

„Er — hat mir eine Gemeinheit angetan.“

(Fortsetzung folgt.)

Konsumverein

ZORNDORF

Manufaktur-, Konfektions- und Schuhwaren-Geschäfte

Große Zwingerstraße 12-14 * Königsbrüder Straße 38 * Kesselsdorfer Straße 22
 Markgraf-Heinrich-Straße 31 * Frettal, Dresdner Straße 104 * Niedersiedlitz, Schulstraße 21

Unser diesjähriger

Inventur-Ausverkauf

beginnt am 15. Juli

Wir bieten bei nur besten Qualitätswaren außerordentlich günstige Kaufgelegenheit, da wir durch Barzahlung größere Posten Waren sehr billig eingekauft haben, und soll dieser Vorteil unseren Mitgliedern zugutekommen.

Kostüme	auf Seide gefüttert. Jadett bis 110 cm in Mouliné, Alps, Gabardine, Kammgarn	58.00 bis	26⁵⁰
Kleider, Blusen, Kasaks, Bindjaden, Mäntel, Strickjaden		50.00 bis	4⁵⁰
500 Wintermäntel	reine Wolle		14⁵⁰ nur solange der Vorrat reicht
Männer-Anzüge	beste Verarbeitung und prima Zutaten	52.00, 46.50, 42.50,	38⁰⁰
Stoffreiterhosen 12⁰⁰	Reiterwesten 8⁰⁰	Bindjaden	17.50 bis 12⁵⁰
Hüte, Mützen, Schirme, Stöcke, Kragen, Kravatten, Selbstbinder			
Kleiderstoffe, Waschmulline, Baumwollmulline, Zephyr, Plaudrud			
Oberhemden	Zephyr, mit 2 Kragen	9 ⁵⁰ 6 ⁷⁵ 6 ²⁵	In Pertal, mit 2 Kragen 8 ⁵⁰ 6 ⁵⁰ 5 ⁵⁰ prima Qualität
Sporthemden	für Knaben. in Flanel, Zephyr, Panama		Größe 60 cm 2³⁵
Damenhemden	4.50 bis	1⁶⁰	Prinzehörde 12.50 bis 2⁷⁵ Beinkleider 6.00 bis 2²⁵
Stiderei	1 Meter 2.25 bis	9	Zwirn- und Valenciennes-Spizen-Büschelbesätze 75 bis 3
Einoleum	1 Meter 5.00, 5.25, 6.25 bis	7⁵⁰	Druckläufer 67 cm 3.00, 90 cm 4.00, 110 cm 5.00, 133 cm 6⁰⁰
Schuhwaren	elegante Damen- u. Herren-Schuhe	Sandalen	Größe 22-26 27-30 31-35 36-42 43-46 } prima Qualität 4.00 4.50 5.25 6.50 7.50 Zurischuhe 2.00 2.35 2.75 3.25 4.25